

KALININGRAD

Diplomatischer Durchbruch

Nach mehr als zehnjährigem Tauziehen zwischen Berlin und Moskau ist Deutschland wieder im früheren Königsberg präsent. Das russische Außenministerium hat die offizielle Zulassung, die Exequatur, für den ersten deutschen Generalkonsul in der Ostsee-Exklave erteilt: Cornelius Sommer, zuletzt Botschafter in Helsinki. Der Diplomat ist seit Anfang Januar bereits auf Suche nach einem Dienstgebäude im heutigen Kaliningrad und will seine Vertretung nächsten Monat eröffnen. Er muss, wenn die Visa-Erteilung im Sommer beginnt, mit enormem Andrang rechnen: Kaliningrader, die nach Deutschland reisen wollen, konnten ihre Anträge bisher nur bei der Vertretung der Hamburger Handelskammer stellen oder mussten sich nach Moskau oder St. Petersburg bemühen. Bald nach dem Zerfall der Sowjetunion hatte sich die Bundesregierung für ein Konsulat in der Stadt stark gemacht, der Kreml jedoch blockte ab. Selbst Andrej Kossyrew, Jelzins westlich gesinnter Außenminister, warnte noch 1994 vor einem neuen „germanischen Drang nach Osten“ – der angebliche Wunsch der Deutschen nach einem



Designierter Generalkonsul Sommer, Dom in Kaliningrad

„Sonderverhältnis“ mit Kaliningrad sei eine „glatte Unverschämtheit“. Inzwischen haben neben Polen, Lettland und Litauen auch Schweden und Dänemark Diplomaten nach Kaliningrad entsandt. Vor dem Krieg, als die Kant-Heimat Königsberg die weltoffene Metropole Ostpreußens war, gab es dort 13 Konsulate, darunter Vertretungen der UdSSR, der USA, Japans und selbst Guatemalas.



IGOR SAMBO (O.J.), GERO BREIDER / DPA (U.)

SCHWEIZ

Der historische Makel

Eine Genfer Pensionärin testet als erste Schweizer Bürgerin ein neues Gesetz, das ein schmachvolles Kapitel der eidgenössischen Geschichte korrigieren soll. Aimée Stauffer-Stielmann, 79, hatte im Zweiten Weltkrieg 15 jüdische Kinder und Jugendliche aus Frankreich unter Abteibänken der Eisenbahn versteckt oder über die grüne Grenze in Sicherheit gebracht. Zahlreiche Fluchthelfer waren in jener Zeit von der Militärjustiz verurteilt worden, weil die Regierung in Bern um die Neutralität und ihre Beziehungen zu Berlin fürchtete. Die Schweiz nahm zwar während des Dritten Reichs 300 000 Flüchtlinge auf, viele wurden aber auch zurückgewiesen, darunter 24 000 Juden. Das Bundesgesetz sieht nun vor, dass eine Kommission des Parlaments auf Antrag alle Strafurteile prüft, die damals gegen Fluchthelfer verhängt wurden. Der Ausgang des Rehabilitationsverfahrens der ehemaligen Lehrerin Stauffer-Stielmann ist allerdings ungewiss. Sie war im Juli 1945 zu „verschärfter Haft“ verurteilt worden, weil sie Juden auch über die Grenze nach Frankreich brachte. Dort schlossen sie sich der Résistance an. Die Militärrichter hatten Stauffer-Stielmann für diesen „illegalen Grenzübertritt“ verantwortlich gemacht.



Stauffer-Stielmann

EDI ENGLER / AP

SERBIEN

Verdrängte Reformer

Kaum vier Wochen nach der Parlamentswahl rüsten sich Serbiens Parteien bereits für einen neuen Urnengang. Am 28. Dezember verbuchte die nationalistische Radikale Partei beachtliche Stimmengewinne; im Parlament ist sie nun mit 82 von 250 Abgeordneten stärkste Kraft. Deren Machtzuwachs bringt die demokratisch orientierten Kräfte in Bedrängnis. So erklärte der mit der Regierungsbildung beauftragte ehemalige jugoslawische Präsident Vojislav Koštunica vergangene Woche, er könne allenfalls eine Minderheitsregierung zu Wege bringen – mit ihm als Premier. Die Alternative seien sofortige Neuwahlen. Die Verlegenheitskoalition würde sich aus Koštunicas Demokrati-

scher Partei Serbiens sowie der Serbischen Erneuerungsbewegung von Vuk Drašković, der Partei Neues Serbien sowie der wirtschaftlich orientierten G 17 Plus zusammensetzen. Die Demokratische Partei des im März 2003 ermorde-



Ex-Präsident Koštunica

SRDJAN ILIC / AP

ten Premiers Zoran Djindjić sagte vorläufig solch einem Wackelkabinett nur sporadische Unterstützung aus der Opposition zu.

Beobachter gehen davon aus, dass eine Minderheitsregierung sich nicht lange halten kann. Profitieren würden in einem solchen Fall erneut die Radikalen mit ihrem Parteiführer Vojislav Šešelj, der sich momentan vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag verantworten muss. Auch für Koštunica käme ein Scheitern der Regierung einem Desaster gleich. Noch allerdings demonstriert er Stärke. Applaus erhielt der 59-jährige Jurist vergangene Woche, als er die Wahlverlierer, die ehemalige Djindjić-Partei, scharf attackierte: Es sei an der Zeit, dass sich jene Reformer, die über Reformen nur lamentiert hätten, künftig ausruhen – damit sich auch Serbien von ihnen ausruhen könne.